

***Das ist Programm.  
2004-2009***

***GRÜN WIRKT FÜR MAGDEBURG!***



Herausgeberin:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Stadtgruppe Magdeburg

Otto-von-Guericke-Str. 42a  
39104 Magdeburg  
Tel.: 0391 – 4 01 55 10  
Fax: 0391 – 5 35 35 99  
E-Mail: [info@gruene-magdeburg.de](mailto:info@gruene-magdeburg.de)  
Internet: <http://www.gruene-magdeburg.de>

**Inhaltsverzeichnis**

<b>1.</b>	<b>KOMMUNALER HAUSHALT UND FINANZEN .....</b>	<b>6</b>
<b>2.</b>	<b>ARBEIT UND WIRTSCHAFT .....</b>	<b>8</b>
<b>3.</b>	<b>KOMMUNALE DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG.....</b>	<b>10</b>
<b>3.1</b>	<b>Beteiligung.....</b>	<b>10</b>
<b>3.2</b>	<b>Neue Wege in der Gemeindeordnung .....</b>	<b>10</b>
<b>3.3</b>	<b>Durchschaubarkeit und Glaubwürdigkeit.....</b>	<b>11</b>
<b>3.4</b>	<b>Kommunales Wahlrecht ab 16.....</b>	<b>11</b>
<b>3.5</b>	<b>Verwaltungsreform.....</b>	<b>11</b>
<b>4.</b>	<b>SOZIALES UND GESUNDHEIT .....</b>	<b>12</b>
<b>4.1</b>	<b>Sozialhilfe .....</b>	<b>12</b>
<b>4.2</b>	<b>Berufliche Reintegration .....</b>	<b>12</b>
<b>4.3</b>	<b>Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen .....</b>	<b>13</b>
<b>4.4</b>	<b>Soziale Beratung .....</b>	<b>13</b>
<b>4.5</b>	<b>Seniorinnen und Senioren .....</b>	<b>13</b>
<b>4.6</b>	<b>Opfer politischer Gewalt .....</b>	<b>13</b>
<b>4.7</b>	<b>Integration.....</b>	<b>13</b>
<b>4.8</b>	<b>Barrierefreiheit.....</b>	<b>14</b>
<b>4.9</b>	<b>Sucht und Gewalt .....</b>	<b>14</b>
<b>4.10</b>	<b>Prostitution .....</b>	<b>14</b>
<b>5.</b>	<b>FRAUEN UND GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT .....</b>	<b>14</b>
<b>5.1</b>	<b>Arbeit für Frauen .....</b>	<b>15</b>
<b>5.2</b>	<b>Bürgerinnenrechte .....</b>	<b>15</b>
<b>5.3</b>	<b>Selbstbestimmt leben .....</b>	<b>15</b>
<b>5.4</b>	<b>Gegen Häusliche Gewalt.....</b>	<b>15</b>
<b>6.</b>	<b>KINDER UND JUGENDLICHE.....</b>	<b>15</b>
<b>7.</b>	<b>UMWELT .....</b>	<b>17</b>
<b>7.1</b>	<b>Natur- und Landschaftsschutz .....</b>	<b>17</b>
<b>7.2</b>	<b>Wasser .....</b>	<b>17</b>
7.2.1	Grundwasser .....	18
7.2.2	Oberflächengewässer .....	18
7.2.3	Hochwasserschutz .....	18
<b>7.3</b>	<b>Abfall .....</b>	<b>18</b>
<b>7.4</b>	<b>Luft, Lärm, Klima .....</b>	<b>19</b>
<b>7.5</b>	<b>Energie.....</b>	<b>19</b>

<b>8.</b>	<b>KULTUR UND BILDUNG .....</b>	<b>20</b>
<b>8.1</b>	<b>Kulturstadt Magdeburg .....</b>	<b>20</b>
<b>8.2</b>	<b>Stadtteilkultur .....</b>	<b>20</b>
<b>8.3</b>	<b>Baukultur .....</b>	<b>21</b>
<b>8.4</b>	<b>Jugendkultur.....</b>	<b>21</b>
<b>8.5</b>	<b>Bildung.....</b>	<b>21</b>
<b>9.</b>	<b>STADTENTWICKLUNG UND VERKEHR .....</b>	<b>22</b>
<b>9.1</b>	<b>Stadtentwicklung.....</b>	<b>22</b>
9.1.1	Unbesiedelte Bereiche .....	22
9.1.2	Stadtteile.....	22
9.1.3	Stadtzentrum .....	23
9.1.4	Stadtumbau .....	23
<b>9.2</b>	<b>Verkehr.....</b>	<b>24</b>
9.2.1	ÖPNV - Öffentlicher Personennahverkehr .....	24
9.2.2	Fahrradverkehr und Fußgängerverkehr .....	24
9.2.3	Autoverkehr .....	25
9.2.4	Güterverkehr .....	25

## **GRÜN WIRKT FÜR MAGDEBURG!**

### **Liebe Magdeburgerinnen und Magdeburger,**

GRÜN hat seine Wirksamkeit in Magdeburg schon in zahlreichen Fällen unter Beweis gestellt. Die erfolgreiche Ansiedlung des führenden Herstellers von Windenergieanlagen, der heute größter privatwirtschaftlicher Arbeitgeber in Magdeburg ist, hat gezeigt, dass wir das nachhaltigste und zukunftsweisendste Wirtschaftskonzept besitzen. Das Bekenntnis der Stadt Magdeburg zur Windenergie hat sich als eine der wichtigsten Zielsetzungen in der Nach-Wende-Geschichte Magdeburgs erwiesen.

Der Stopp des unsinnigen Flugplatz-Ausbaus im Süden der Stadt, die erhebliche Ausdehnung der Sperrzeit-Regelung, die für mehr kulturelles und städtisches Leben in der City gesorgt hat, die kontinuierliche Arbeit für eine effizientere und bürgerfreundlichere Verwaltung - wir haben einiges erreicht. Aber es gibt noch viel zu tun. Mit Ihren Stimmen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geben Sie uns die Möglichkeit, erfolgreicher an der Umsetzung unserer Ziele zu arbeiten.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht der Gedanke einer Stadt im Vordergrund, in der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Engagement Ernst genommen werden, in der es Spaß macht, sich zu engagieren.

Eine ökologisch und ökonomisch ausgewogene und am Prinzip der Nachhaltigkeit orientierte Gestaltung unseres gemeinsamen Lebens- und Arbeitsraumes ist uns wichtig. Auch die gezielte Förderung von Frauen spielt für uns eine große Rolle.

Damit gute Politik überhaupt möglich ist, muss der Magdeburger Stadthaushalt intelligent und an spezifischen Bedürfnissen orientiert ausgeglichen werden. Unsinnige Großprojekte, die letztendlich nur steigende Kosten verursachen, während gleichzeitig zu wenig Geld in Kitas und Schulen investiert wird, lehnen wir ab.

Ebenso darf nicht mit der „Rasenmäher-Methode“ gespart werden, der zuerst soziale und kulturelle Angebote zum Opfer fallen.

Auch die Möglichkeiten Magdeburgs, Dienstleister erstklassiger Bildungsangebote zu sein, wollen wir stärken. Wir bekennen uns klar zum Hochschulstandort Magdeburg, der Magdeburg als Wirtschafts- und Forschungsstandort voranbringt und dessen ausländische und deutsche Studentinnen und Studenten das kulturelle Leben der Stadt prägen. Der notwendige Umbau der Schullandschaft darf nicht ohne die Beteiligung der Eltern geschehen.

Magdeburg lebt auf. Wer heute hierher reist, bleibt häufig länger und kommt meist wieder. Somit stellt Tourismus einen immer bedeutsamer werdenden Wirtschaftsfaktor für Magdeburg und die Region dar. Das Blaue Band der Elbe, der standhafte Domfelsen, die grüne Rothehorn-Insel, der Dom und zahlreiche Kirchen, nette Menschen und spannende Geschichten sorgen für Zustrom. Wir setzen uns dafür ein, dass nachhaltiger und naturnaher Tourismus zu einem Markenzeichen für Magdeburg und die Region wird.

Am 13. Juni 2004 entscheiden Sie mit Ihren Stimmen darüber, wie die Weichen für die Zukunft Magdeburgs gestellt werden. Wählen Sie deshalb mit allen Stimmen die Kandidatinnen und Kandidaten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Grün wirkt für Magdeburg!**

## **1. Kommunaler Haushalt und Finanzen**

*„Stadt gestalten statt Stadt verwalten“*

Die Landeshauptstadt Magdeburg ist hochgradig verschuldet. Die Stadt erhält weniger Zuweisungen vom Land, das eigene Mittelaufkommen stagniert in Folge der noch immer großen Arbeitslosigkeit. Der extrem schlechten Haushaltssituation müssen wir durch den Einsatz neuer Instrumente begegnen. Radikale Kürzungen in allen Bereichen nach dem „Rasenmäher- Prinzip“ lehnen wir ab.

### **Deshalb 8 grundlegende Zielsetzungen für die nächsten Jahre:**

1. Sicherung der Finanzmittel für die Aufgaben der Stadt in den Daseinsvorsorgebereichen. Nicht die Streichung von kommunalen Leistungen und Angeboten, sondern der effektive Einsatz der vorhandenen Mittel muss im Mittelpunkt der städtischen Finanzpolitik stehen. Wir wollen nicht soziale oder kulturelle Angebote zur Disposition stellen, sondern aufzeigen, wie diese auch bei knapper Finanzdecke fortgeführt und weiterentwickelt werden können.
2. Konsequente Übertragung von Aufgaben an Freie Träger und Sicherung der Finanzierung für diese Aufgabenerfüllung, wenn diese sach- und fachgerecht ausgeführt wird.
3. Organisation einer koordinierten und unter den Beteiligten abgestimmten Wirtschaftsförderungspolitik für die Stadt.
4. Durchsetzen, dass politisch gewollte Prioritäten des Stadtrates Vorgaben zur Investitionsplanung sind. Der Stadtrat muss im Bürgersinn selbst gestalten und nicht nur auf Verwaltungsvorschläge reagieren.
5. Eine rein finanziell begründete Schließung von Einrichtungen und Angeboten der Stadt (z.B. Stadtteilbibliotheken, Carl-Miller-Bad) darf nicht nur finanziell begründet werden, sondern muss auch sachlich verantwortbar sein. Der Schaden des dauerhaften Verlustes der Einrichtungen, der verlorenen Arbeitsplätze und des Leerstandes steht oft in keinem sinnvollen Verhältnis zu den eingesparten Mitteln. Gegebenenfalls sind andere Betreibermodelle zu prüfen.
6. Das Land als Gesetzgeber wird aufgefordert, den Kommunen Freiräume für eigenes wirtschaftliches und gleichzeitig bürgerorientiertes Handeln zu öffnen. Kompetenz, Verantwortungsübernahme und Leistung sollen in der Stadtverwaltung bezahlt werden, nicht nur Anwesenheit und bürgerferne Sachbearbeitung.
7. Eine konsequente und zielgerichtete Verwaltungsreform muss angegangen werden. Ziel sind die Vereinfachung von Verwaltungshandlungen und die Durchschaubarkeit der Ergebnisse. Die Verwaltung muss für die BürgerInnen als Dienstleister erkennbar sein. Nur gute, qualitätsvolle Dienstleistungen sollen mit ihren Steuern, Gebühren und Beiträgen bezahlt werden.
8. Rat und Verwaltung sind angesichts der Haushaltssituation zu strikter Sparsamkeit verpflichtet. Alle Ausgaben sind daraufhin zu überprüfen, ob das mit ihnen verfolgte Ziel nicht kostengünstiger zu erreichen ist. Dabei sind auch die Folgekosten mit einzubeziehen.

**Diese Ziele wollen wir mit erfolgsorientierten Maßnahmen erreichen:**

- Die als Verwaltung der Verwaltung zu bezeichnende Kernverwaltung (z.B. Hauptamt, Personalamt) muss auf ein politisch gewolltes Minimum heruntergefahren werden.
- Die städtischen Personalausgaben müssen mittelfristig und vor allem konsequent weiter reduziert werden. Über neue, zeitgemäße Arbeitszeitmodelle sowohl für Beamte als auch für Angestellte ist nachzudenken.
- Wir wollen die Zusammenarbeit der Region Magdeburg stärken, um Potentiale besser zu nutzen. Der Verbund „Region Magdeburg“ ist ein begrüßenswerter Schritt in die richtige Richtung.
- Wirtschaftliche Tätigkeiten der Stadt sollen gestrafft werden. Die drei Messekonstrukte können zusammengelegt werden. Messe und Elbauenpark sollten enger zusammenrücken, Veranstaltungen und Konzepte sind zu bündeln.
- Die Ausschusstätigkeiten des Stadtrates müssen effektiviert werden. Außerdem muss es zu einer Zusammenlegung von Ausschüssen und zu einer Vermeidung von ungerechtfertigten Flächenaufwüchsen für die Fraktionen nach dem Rathaus-Umbau kommen.
- Verdeckte Zuschüsse sollen einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Dies fördert die Diskussion über die Werte der kommunalen Angebote sowie Bauvorhaben und deren Folgekosten.
- Die Selbständigkeit und Verantwortung der einzelnen Ämter muss deutlich erhöht werden (Verwaltungsvereinfachung).
- Bei der Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind leistungsbezogene Elemente einzuführen. Eine ausschließlich nach Alter und Eingruppierungen vorgenommene Vergütung ist weder gerecht noch dient sie der Motivation der MitarbeiterInnen. Den Ämtern, Dienststellen usw. muss, soweit es sinnvoll und möglich ist, weitere Ressourcenverantwortung übertragen werden, diese Verantwortung beinhaltet sowohl finanzielle als auch personelle Mittel. Im Rahmen dieser Ressourcenverantwortung sind die finanziellen Mittel der einzelnen Betriebe der Stadtverwaltung zu budgetieren, um es den Beteiligten zu ermöglichen, flexibler auf veränderte Anforderungen reagieren zu können.
- Bereiche in der öffentlichen Verwaltung, die sich wirtschaftlich tragen können, sind konsequent zu privatisieren. Die sozialen, ökologischen und finanziellen Folgekosten sind dabei zu minimieren. Die Möglichkeiten des sog. „Outsourcing“ sind auszuschöpfen. Dabei ist auf geschlechterspezifische Folgen Rücksicht zu nehmen.
- Um eine stärkere betriebswirtschaftliche Orientierung zu gewährleisten, ist die Buchhaltung aller Bereiche der öffentlichen Verwaltung von der antiquierten Kameralistik zur doppelten Buchführung umzustellen.
- Die Betriebs- und Folgekosten bei investiven Vorhaben sind vor Beschlussfassung detailliert darzustellen und zu berücksichtigen. Das gilt insbesondere bei großen Bauvorhaben (Uniplatz, Stadion) und im Verkehrsbereich.
- Kultur muss nicht verwaltet, sondern entwickelt werden. Hierzu ist ein Amt nicht immer förderlich. Neue Strukturen sind notwendig. Ein Kulturbüro kann hierbei Unterstützung leisten und unbürokratischer agieren.
- Die Bibliothek und ihre Aussenstellen müssen sich im Zeitalter von Dienstleistungsgesellschaft und steigender Internetnutzung den neuen Erfordernissen anpassen. Kundenfreundlichere Öffnungszeiten, Internetkatalog, Ausleihstationen in sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie Bringdienste mit Kostenbeteiligung sollen helfen, kommunale Unterstützung zu senken, ohne das Leistungsangebot insgesamt zu verringern.

## **GRÜN WIRKT FÜR MAGDEBURG!**

- Für den ÖPNV ist mittelfristig eine Ausschreibung vorzusehen. Das kann auch eine Privatisierung nach sich ziehen. Ziel muss eine Verringerung der für die Stadt anfallenden Kosten sowie eine höhere Serviceleistung des ÖPNV sein. Es muss sichergestellt werden, dass die Dienstleistungen der MVB einer Großstadt angemessen bleiben. Für die Kommune soll eine degressive Kostenbelastung erfolgen. Geschlechtsspezifische Auswirkungen sind zu berücksichtigen.
- Energiesparmaßnahmen auf der Grundlage eines konsequenten Energiecontrollings durchsetzen- verbunden mit Betriebskostensenkung.
- Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in das wirtschaftliche Handeln der Stadt wollen wir durch direkte Beteiligung erreichen. Bereits der Grundbeschluss zum Haushalt des jeweiligen Folgejahres soll intensiver in die Öffentlichkeit gebracht und vor der Beschlussfassung im Stadtrat öffentlich zur Diskussion gestellt werden.
- Geplante Investitionen sind auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Gegebenenfalls sind sie zeitlich zu verschieben oder sogar aufzugeben. So sollte insbesondere der unsinnige Ausbau des Flugplatzes-Süd unterbleiben.
- Zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter ist die geschlechterdifferenzierte Analyse des öffentlichen Haushaltes erforderlich, die sich zu einem wichtigen Instrument für die Feststellung der unterschiedlichen Auswirkungen von Ausgaben auf Männer und Frauen entwickelt, mit dem Ziel, eine ausgewogene Nutzung der vorhandenen Ressourcen sicherzustellen.

## **2. Arbeit und Wirtschaft**

Eine kommunale Wirtschaftspolitik hat sowohl für einen effizienten und effektiven Einsatz der Ressourcen durch die städtischen Akteure, wie Verwaltung und kommunale Unternehmen zu sorgen, als auch darauf hinzuwirken, die Rahmenbedingungen für die Entfaltung wirtschaftlichen Engagements der privaten Akteure zu verbessern. Angesichts der in Magdeburg existierenden anhaltend hohen Arbeitslosigkeit zielt bündnisgrüne Wirtschafts- und Arbeitspolitik in erster Linie auf die Schaffung neuer, nachhaltiger Arbeitsplätze.

Dabei ist der ökologische Gesamtzusammenhang zu berücksichtigen und auf einen Ausgleich der wirtschaftlichen mit den ökologischen Interessen hinzuwirken, innerhalb dessen die kommunalen Einnahmen konsolidiert und erhöht sowie nachhaltige und möglichst ökologisch verträgliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die derzeitigen schwierigen finanziellen Bedingungen sehen wir dabei nicht nur als Problem, sondern auch als einmalige Chance, Ideen, neue Ansätze und innovative Strukturen zu entwickeln und auch tatsächlich durchzusetzen.

### **Wir sind für:**

- Die Profilierung Magdeburgs zur Universitäts-, Hochschul- und Forschungsstadt und noch stärkere Vernetzung der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal, sowie beider Einrichtungen mit den allgemein- und berufsbildenden Schulen und den Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Hierzu und zur Verhinderung der durch die Landesregierung geplante Gefährdung des Hochschulstandortes Magdeburg soll die Landeshauptstadt Magdeburg und die kommunale Wirtschaftsförderung gezielte Beiträge leisten.
- Kommunale Serviceleistungen müssen allen Investoren in gleicher Weise angeboten werden. Noch viel zu häufig sehen sich kommunale Ämter als Selbstzweck und nicht als Dienstleister für Gewerbetreibende.
- Den Aufbau eines Beratungs- und „Begleit-“ Services für Existenzneugründungen und Unternehmensübergänge in Kooperation mit dem Zentrum für Entrepreneurship (Zentrum für Unternehmerisches Handeln) zur Schaffung neuer, innovativer



## **GRÜN WIRKT FÜR MAGDEBURG!**

Arbeitsplätze. Dabei besondere Förderung und Berücksichtigung der von Frauen betriebenen Unternehmen.

- Den Stopp der derzeitigen expansiven Erschließungspolitik von Gewerbeflächen, die Bauland im Übermaß und sinnlos auf Halde produzieren.
- Die Verhinderung ökonomisch und ökologisch unsinniger Großprojekte wie die Fluggeländeerweiterung.
- Den verstärkten Aufbau von Public-Privat-Partnership-Projekten (öffentliche und private Gemeinschaftsprojekte) ein, um das „know-how“ und die finanziellen Kräfte der privaten Akteure bei städtebaulichen Projekten zu nutzen.
- Die Unterstützung der Interessen kleiner und mittlerer Händler mit lokaler Anbietung im Verdrängungswettbewerb internationaler Ketten.
- Die Sicherung der vorrangigen Auftragsvergabe an, in Magdeburg, mindestens aber in der Region angesiedelter Unternehmen.
- Die baurechtliche Verhinderung der Ausweitung von Einkaufsgroßcentern, insbesondere im Außenbereich und den Stadtteilzentren.. Innenstadtrelevante Warenangebote auf der grünen Wiese müssen zurückgedrängt werden. Weitere Centererweiterungen im Innenstadtbereich gefährden andere Innenstadtstandorte, Investitionen von Händlern und Immobilienbesitzern und eine lebenswerte City.
- Die Beschleunigung der Bearbeitung von Verfahren baurechtlicher Art. Wartezeiten von mehreren Monaten selbst für einfachste Bauvoranfragen sind unakzeptabel.
- Die Verbesserung der Zahlungsmoral der Kommune als Auftraggeber. Die Unternehmen sollen prompt und vollständig ihr Geld nach der Auftragserfüllung bekommen.
- Eine stärkere Rolle der Kommune bei der aktiven Verhinderung von Schwarzarbeit. Wir wollen das die Stadt diese Pflicht im Rahmen ihrer Kompetenzen intensiver nachkommt.
- Den Aufbau einer kommunalen „Task-Force“ (Einsatzgruppe) zur Beratung und Unterstützung in Not geratener kleiner und mittelständischer Unternehmen.
- Die Zusammenarbeit mit benachbarten Gemeinden und Landkreisen zwecks gemeinsamer Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung.
- Die Unterstützung von Wirtschaftsinitiativen, die eine Stärkung der regionalen Wirtschaftsbeziehungen anstreben
- Besondere Unterstützung von Unternehmen, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beitragen und Unternehmen, die von Menschen mit Behinderungen betrieben werden sowie Menschen mit Behinderungen einstellen.
- Die Schaffung weitergehender besucherfreundliche Konzepte zur Förderung des Tourismus in unserer Region (Stadt, Romanische Straße, Heide, Elbeflusslandschaft und Europaradweg, Altmark, Kulturlandschaft Börde)
- Die Unterstützung der Marketingbemühungen einheimischer Unternehmen
- Die Förderung genossenschaftlicher oder selbstverwalteter Betriebe und von Unternehmen die eine Belegschaftsbeteiligung eingeführt haben.
- Die Verbesserung der Eigenkapitaldecke durch Vergabe von Grund und Boden im Erbbaurecht wo sinnvoll.

### **3. Kommunale Demokratie und Bürgerbeteiligung**

„Politikverdrossenheit“, Unmut und der Glaube, „ja doch nichts bewegen“ zu können, zeichnen noch immer das Verhältnis vieler Menschen zur Politik. Dies zeigt uns deutlich, dass die Forderung nach mehr Demokratie immer wieder neu gestellt werden muss. Zeitweilige Politikverdrossenheit darf nicht zu einer den Bestand unseres gesellschaftlichen Gemeinwesens gefährdenden Demokratieverdrossenheit werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb einen Stadtrat, der von den Bürgerinnen und Bürgern deutlich als Ort der Meinungs- und Willensbildung wahrgenommen wird.

#### **Wir sind für:**

- die kontinuierliche Zurückdrängung der dominierenden Bedeutung der Verwaltung
- die Erweiterung aller Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern bei der Lösung kommunaler und gesellschaftlicher Probleme. Bürgerbegehren und –entscheidungen dürfen nicht behindert oder erschwert werden.
- die Stärkung kommunaler Vertretungen
- die Einrichtung weiterer Ortschaftsräte für Magdeburger Stadtteile. Chancen und Möglichkeiten von demokratisch gewählten Ortsräten (Ortschaftsräten) sind interessierten Bürgerinnen und Bürgern aufzuzeigen

#### **3.1 Beteiligung**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Ausschöpfung aller Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger ein, die die Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt zulässt.

#### **Wir sind für:**

- Die konsequente Unterstützung von Einwohneranträgen, Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und daraus resultierenden Bürgerentscheiden, deren Inhalte und Ziele von uns mitgetragen werden.
- Die Anwendung von Bürgerbefragungen bei allen relevanten und strittigen Entscheidungen der Stadt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rücken vorhandene Möglichkeiten der Mitarbeit als sachkundige Einwohner/innen in den beratenden Ausschüssen und die Nutzung des Ausschusses für Bürgerinitiativen und Petitionen stärker in das öffentliche Bewusstsein. Chancen und Möglichkeiten von demokratisch gewählten Ortschaftsräten sind interessierten Bürgerinnen und Bürgern aufzuzeigen.

#### **3.2 Neue Wege in der Gemeindeordnung**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen neben den bestehenden Möglichkeiten der Mitbestimmung neue, veränderte und zeitgemäßere Formen in der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt verankern.

#### **Wir sind für:**

- Die Ausweitung von Beteiligungsrechten in Planungsverfahren durch öffentliche Diskussions- und Informationsveranstaltungen.
- Regelmäßige Durchführung von Bürgerversammlungen über Stadtentwicklungs- und Planungsvorhaben in der Innenstadt und in den Stadtteilen.
- Die Nutzung bestehender und Schaffung neuer Umland- und Zweckverbände sowie Planungsverbände.

- Unterstützung freiwilliger Gemeinwesenarbeit und Selbsthilfeinitiativen sowie einer Vielfalt von alternativen Medien, wie Stadt(teil)zeitungen, lokales Radio und Fernsehen (Offener Kanal) sowie Stadtteil- und Projektplattformen im Internet.
- Eine bürgerfreundlichere Gestaltung der Öffentlichen Einwohnerfragestunde in den Stadtratssitzungen und, dass die für Einwohneranträge und Bürgerbegehren notwendige Anzahl der Unterzeichnenden gesenkt und bürokratische Hürden beseitigt werden.

### **3.3 Durchschaubarkeit und Glaubwürdigkeit**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für mehr Durchschaubarkeit und Glaubwürdigkeit im politischen und im Verwaltungshandeln ein. Die Stadtverwaltung als Dienstleisterin für die BürgerInnen ist unser Ziel.

#### **Wir sind für:**

- Die Verringerung der Anzahl an Hierarchieebenen und die Zusammenlegung von Verwaltungsbereichen und Strukturen.
- Eine klare Aufgabenzuordnung bzw. -abgrenzung zwischen Politik und Verwaltung.
- Die Bestrebungen nach weiteren „Bürgerbüros“ in Stadtteilen als dezentrale Dienstleistungseinrichtungen für BürgerInnen nach den erfolgreichen Beispielen der „Bürgerbüros“ in Olvenstedt, Nord und Südost dürfen nicht kaputt gespart werden.
- Eine stärkere Einbeziehung der BürgerInnen bei Stadtentwicklungs- und Planungsvorhaben

### **3.4 Kommunales Wahlrecht ab 16**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben das kommunale Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr erstritten.

Wir wollen, dass Politik für Jugendliche fassbarer, in kleine Schritte zerlegt wird, um so überschaubar und mitgestaltbar zu werden. Hierzu haben wir den Jugendstadtrat und das Jugendforum unterstützt. Wir werden dies auch weiterhin tun.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die *Grüne Jugend* treten gemeinsam gezielt dafür ein, an Schulen über die Arbeit in den kommunalen Vertretungen und politische Abläufe generell zu informieren und Berührungspunkte abzubauen.

### **3.5 Verwaltungsreform**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine Verwaltung ein, die das Interesse und die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zum Leitgedanken hat.

- Die Verwaltung ist darauf auszurichten, dass „die Kunden Könige“ sind. Das heißt, Leistungen haben schnell, freundlich und lösungsorientiert erbracht zu werden.
- Die Verwaltung benötigt dazu motivierte Führungskräfte, die die vorgenannte Maßnahme als die ihre begreifen und entsprechend handeln.
- Die Kommunikationsstrukturen sind hin zur Kooperationsfähigkeit, höheren Leistungen und kostengünstigerem Arbeiten zu verbessern.
- Die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung ist ebenfalls unter diesem Leitmotiv zu überprüfen.
- Dem Konflikt zwischen Stadtrat und Verwaltung werden wir weiter entgegenwirken. Unsere Kritik werden wir konkret, sachlich und nach Verantwortlichkeiten differenziert

vorbringen und stets unsere Hilfe dazu anbieten, damit für den Bürger / die Bürgerin das Optimum erreicht wird.

## **4. Soziales und Gesundheit**

*„Soziale Beratungs- und Unterstützungsangebote sichern!“*

Wenn ihre Lebenssituation dies erfordert, haben die Bürger und Bürgerinnen Magdeburgs einen gesetzlichen Anspruch auf Beratung und Unterstützung. Der Kommune kommt hierbei eine besondere Verantwortung zu. Oberstes Ziel muss die Hilfe zur Selbsthilfe sein.

### **4.1 Sozialhilfe**

Sozialhilfe soll beim Aufbau eines eigenständigen Unterhaltes helfen. Es darf sich daher in keinem Fall nur um eine finanzielle Unterstützung handeln. Notwendig ist die im Gesetz geforderte qualifizierte Beratung und Qualifikation von Beraterinnen und Beratern.

Angesichts eingeleiteter und bevorstehender Umstrukturierungsprozesse im Sozial- und Gesundheitsbereich kommen auch das Sozial- und das Gesundheitsamt der Landeshauptstadt nicht umhin, sich den neuen Entwicklungen progressiv zu stellen.

Sozialhilfe muss übersichtlich werden. Bürger und Bürgerinnen müssen die Möglichkeit haben, sich unabhängig vom Sozialhilfegeber über ihre Ansprüche informieren zu können (Förderung einer unabhängigen Sozialhilfeberatungsstelle und eines Sozialhilfeleitfadens).

Wer in Magdeburg in die Situation kommt, auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, sieht sich zudem einem unübersehbaren Netz aus Behörden, Ämtern und Beratungsstellen gegenüber, die über das gesamte Stadtgebiet verteilt sind. Vor der notwendigen Unterstützung steht den Bürger/innen häufig ein nicht enden wollender Hindernislauf durch zahlreiche Institutionen bevor.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher für die Zusammenlegung aller Beratungs- und Leistungsstellen des Sozial- und Wohnungsamtes zu dezentralen Einheiten ein. Nicht der Bürger soll zwischen Ämtern wandern, sondern mit seinem Einverständnis, die zur Beratung und Unterstützung notwendigen Informationen. Die positiven Erfahrungen, die von Bürgern und Bürgerinnen mit Bürgerbüros und Sozialzentren des Jugendamtes gemacht wurden, sollen ausgebaut werden.

Um eine qualifizierte Beratung zu gewährleisten, ist es notwendig, besonders die Mitarbeiter des Sozialbereichs, nicht nur in rechtlichen, sondern auch in wirtschaftlichen und psychosozialen Fragen regelmäßig fortzubilden. Ein ausreichender, sich an den ständig steigenden Anforderungen orientierender Personalschlüssel, ist notwendig.

### **4.2 Berufliche Reintegration**

Jedem arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger soll im Rahmen des Erstantrages ein gemeinnütziges Arbeitsangebot unterbreitet werden. Hierbei kommt dem Sozialhilfebetrieb "Neue Arbeit Magdeburg (NAM)" eine herausragende Bedeutung beim Angebot bzw. der Koordination der Einsatzstellen zu. Ziel muss sein, insbesondere jungen Menschen, vor dem Sozialhilfebezug immer auch Beschäftigung anbieten zu können, um so eine "Sozialhilfekarriere" zu vermeiden. Die Vergabe von ABM an junge Menschen kann keine zukunftsweisende Lösung sein solange diese keine Ausbildung abgeschlossen haben und muss daher die Ausnahme bleiben.

Bei den Arbeitsangeboten der Sozialhilfebetriebe darf es nicht nur um Beschäftigung oder gar Abschreckung gehen. Vielmehr muss eine qualifizierte soziale Betreuung gewährleistet

sein, um bei der Überwindung von sozialen Belastungen durch den Sozialhilfebezug oder durch Langzeitarbeitslosigkeit zu helfen.

### **4.3 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen**

Die Erbringung von subventionierten Arbeiten durch Beschäftigungsgesellschaften und die öffentliche Hand darf keine festen Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarktes gefährden. Hierzu bedarf es der Überprüfung und Neustrukturierung kommunaler Arbeitsmarktpolitik mit gleichzeitiger Kompetenzbündelung und politischer Zielsetzung.

Der zweite Arbeitsmarkt wird mittels einer kommunalen Arbeitsmarktpolitik, die zur kontinuierlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes insgesamt beiträgt, gefördert.

### **4.4 Soziale Beratung**

Beratungs- und Hilfemöglichkeiten müssen Bürgern und Bürgerinnen auch im psychosozialen Bereich weiterhin geboten werden. Neben der weiteren Förderung von freien sozialen Beratungsstellen bedeutet dies für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die konzeptionelle Fortentwicklung der bestehenden Sozialdienste zu Bürgerdiensten und zu einem konsequenten Qualitätsmanagement.

Die Kommune muss sich zugunsten freier Träger aus dem Beratungsbereich verabschieden, wenn dem keine übergeordneten Gesetze entgegenstehen. Beratungsangebote freier Träger müssen durch Leistungsverträge abgesichert sein, die wo möglich eine mehrjährige Laufzeit zur Planungssicherheit haben sollten.

Die schlechte räumliche und personelle Situation insbesondere des allgemeinen Sozialdienstes, als einem wesentlichen Bestandteil des sozialen Sicherungssystems der Kommune, muss ein Ende haben.

### **4.5 Seniorinnen und Senioren**

Angesichts der gravierenden demografischen Entwicklungen nicht nur in unserer Stadt stellt Arbeit für und mit alten Menschen eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Hierbei geht es nicht darum, über die Betroffenen hinwegzuentcheiden, sondern mit ihnen Konzepte für eine lebenswerte Stadt für alle Generationen zu schaffen.

Die kommunale Altenhilfe soll sich verstärkt ihrer ursprünglichen Aufgabe, der Betreuung der älteren Generation, widmen. Insbesondere Faktoren wie zunehmende Alzheimererkrankungen und Pflegebedürftigkeit müssen dabei in der Kommune stärker in den Mittelpunkt der Betrachtungen gerückt werden.

### **4.6 Opfer politischer Gewalt**

Für uns ist es unstrittig, dass alles unternommen werden muss, um Opfer von staatlicher Gewalt und Unterdrückung so weit es möglich ist zu rehabilitieren und ihnen für erlittenes Unrecht Entschädigung zukommen zu lassen. Wir werden Initiativen zur Verbesserung der sozialen Lage von Opfern politischer Gewalt der beiden Diktaturen in Deutschland und darüber hinaus unterstützen.

### **4.7 Integration**

Toleranz und Akzeptanz schaffen den Nährboden für eine lebenswerte Gesellschaft. Integration in eine solche Gesellschaft muss auch den Gruppen in der Gesellschaft ermöglicht werden, die keine Lobby haben. Neu-Magdeburgerinnen und neu-Magdeburger ausländischer Herkunft muss das selbe städtische Interesse gelten wie allen anderen Menschen in unserer Stadt auch. Für Magdeburg muss ein Integrationskonzept erstellt werden, um die Integration von Menschen ausländischer Herkunft zu verbessern. Hierin

sollten zum Beispiel kostenlose Sprachkurse, die Beschäftigung von Menschen nicht-deutscher Herkunft in der Stadtverwaltung und die Bestellung eines/einer hauptamtlichen Ausländerbeauftragten vorgesehen sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich ein gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen in Magdeburg in allen Lebensbereichen und für die Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes.

#### **4.8 Barrierefreiheit**

Menschen mit Behinderungen müssen die selben Zugangsmöglichkeiten zum gesellschaftlichen Leben eingeräumt werden wie allen anderen auch. Behindert ist mensch nicht, behindert wird mensch.

Das Jahr 2003, das „Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen“, hat positive Spuren in Magdeburg hinterlassen. Von einer umfassenden Barrierefreiheit ist Magdeburg jedoch nach wie vor weit entfernt.

Insbesondere die barrierefreie Ausgestaltung aller öffentlichen Institutionen sowie touristischer Anlagen wie z.B. dem „Historischen Stadtrundgang“ muss vorangetrieben werden. Wir sehen in der Ausfertigung wichtiger Unterlagen und der umfassenden barrierefreien Darstellung und Erreichbarkeit der touristischen Angebote (z.B. Stadtführer in *Braille*) eine bundesweite Profilierungsmöglichkeit Magdeburgs. Die wirtschaftliche Dimension des barrierefreien Tourismus wird meist unterschätzt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Magdeburg eine Vorreiterrolle in diesem Bereich übernimmt.

#### **4.9 Sucht und Gewalt**

Kommunale Gesundheitspolitik hat neben der Organisation und Koordination der Bereitstellung einer medizinischen Grundversorgung den Bereich der gesundheitlichen Prävention und Beratung zu fördern. So müssen angesichts des zunehmenden Drogenkonsums, vor allem von Alkohol, und einer resignierenden Gesellschaft präventive Maßnahmen verstärkt werden. Die Unterstützung bei Folgeproblemen wie Arbeitslosigkeit, Familienproblemen und Obdachlosigkeit muss in Zusammenarbeit mit sozialen Beratungsstellen gewährleistet werden.

Der Gewalt im "sozialen Nahraum" der Familie ist durch geeignete Maßnahmen und Beratungsangebote zu begegnen, denn Gewalt in der Familie fördert Gewalt in anderen sozialen Zusammenhängen.

#### **4.10 Prostitution**

Die Ausübung der Prostitution in Magdeburg soll nicht per Sperrbezirk in einen anderen Stadtteil abgeschoben werden. Bei der Errichtung eines Sperrbezirks ist zu befürchten, dass ein sozialer Brennpunkt erst künstlich geschaffen wird. Im Vordergrund muss die Sicherheit und Gesundheit aller Beteiligten, insbesondere der Prostituierten, stehen. Die Stadt hat sich gegen negative Auswüchse wie Zwangsprostitution, Menschenhandel, Begleitkriminalität zu engagieren und Projekte, die Hilfs- und Beratungsangebote bereitstellen, zu unterstützen. Es besteht eine besondere Fürsorgepflicht gegenüber Kindern und Jugendlichen.

### **5. Frauen und Geschlechtergerechtigkeit**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch im kommunalen Bereich die politischen Voraussetzungen schaffen, die Mädchen und Frauen ein selbstbestimmtes, materiell eigenständiges Leben ermöglichen. Wir stehen für Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen. Das Prinzip des „Gender-Mainstreaming“ muss sich in allen Bereichen unserer Stadt durchsetzen.

## **5.1 Arbeit für Frauen**

Wir werden uns in kommunaler Verantwortung in besonderem Maße für das Schaffen und Erhalten von Arbeitsplätzen für Frauen einsetzen.

Der Sicherung von Frauenarbeitsplätzen - egal ob in Industrie, Handwerk oder im ländlichen Bereich - werden wir uns besonders widmen. Dazu werden wir auf die konsequente Umsetzung und den weiteren Ausbau der Vergabepraktiken der Stadt zum Schutz von Frauenarbeitsplätzen aktiv bleiben. Besonderes Augenmerk werden wir auch auf ein ausreichendes Qualifizierungsangebot für Mädchen und Frauen richten.

## **5.2 Bürgerinnenrechte**

Alle Entscheidungen, die kommunalpolitisch zu fällen sind, werden wir unter dem Gesichtspunkt der besonderen Anforderungen der Frauenpolitik prüfen. Die Verhältnismäßigkeit der Vorteile für Mann und Frau ist bei allen Entscheidungen zu bedenken.

## **5.3 Selbstbestimmt leben**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden das selbstbestimmte Leben von Mädchen und Frauen fördern. Dazu unterstützen wir die Fortführung und den Ausbau des Projektes „Lebenswegplanungen für Mädchen“ in der Schule.

## **5.4 Gegen Häusliche Gewalt**

Häusliche Gewalt stellt zunehmend nicht nur ein Trauma für die Betroffenen, sondern auch einen großen volkswirtschaftlichen Schaden dar.

Mit uns wird der Schutz von Frauen vor Gewaltanwendungen ausgebaut. Dazu gehört auch die Ausgestaltung der Unterstützung von freien Trägern, die sich diesem Thema verschrieben haben. Wir werden uns für die Förderung von Initiativen gegen Männergewalt einsetzen.

## **6. Kinder und Jugendliche**

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft der Stadt. Ihr Wohl und ihre Bildung müssen der Gesellschaft besonders am Herzen liegen. Laut Stadtratsbeschluss ist Magdeburg eine kinderfreundliche Stadt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden wird, sondern mit den Kindern und Jugendlichen gemeinsam Lösungen gesucht werden. Der Kinder- und Jugendstadtrat ist regelmäßig durchzuführen, das neugeschaffene Jugendforum dauerhaft zu unterstützen.

Die Kinderbeauftragte sollte vom Stadtrat auf Zeit gewählt und von den Verwaltungsstrukturen als nicht weisungsgebundene(r) Ombudsfrau / Ombudsmann weitgehend unabhängig sein. Nur so lässt sich eine objektive und kritische Bewertung städtischer Vorhaben aus kinderpolitischer Sicht erreichen.

Den positiven Erfahrungen folgend, muss die Dezentralisierung der Jugendhilfe (Sozialzentren) konsequent weiter fortgeführt werden. Alle kundenorientierten Bereiche des Jugendamtes sollen für Bürger und Bürgerinnen leicht erreichbar sein. Hier darf es keinen Rückschritt geben.

Standards in der Kinderbetreuung müssen kommunal festgeschrieben werden, nachdem das Land der Betreuungswillkür alle Tore geöffnet hat. Kindereinrichtungen mit innovativen Konzepten (z.B. zweisprachige Konzepte, sozial-ökologische und integrative Ansätze) sind

## **GRÜN WIRKT FÜR MAGDEBURG!**

bevorzugt zu unterstützen. Das Prinzip „kurze Wege für kurze Beine“ muss aufrecht erhalten werden. Der Tendenz zentrale Großeinrichtungen zu schaffen, muss entgegengetreten werden. Vielmehr soll die Sozialplanung nur noch den Rahmen der geförderten Kita-Plätze im Sozialraum festschreiben und die Ausfüllung der Angebote den Trägern überlassen. Den Eltern soll im Rahmen von Betreuungsgutscheinen eine zentrale Einflussnahme auf das Angebot an die Hand gegeben werden. Im Gegenzug wird die zentrale Kita-Planung reformiert bzw. abgeschafft.

Wir setzen uns für ein generelles Verbot von Alkohol, Zigaretten und Drogen auf öffentlichen Spielplätzen ein.

Jugendfreizeitangebote müssen sich den sich verändernden Anforderungen der Kinder und Jugendlichen anpassen. Die Angebote müssen sich an deren Interessen orientieren. Die Verwaltung hat sich zugunsten freier Träger mit Angeboten zurückzuziehen.

Eigeninitiativen, wo vorhanden, sind zu unterstützen (Mobile Jugendarbeit) und flächendeckend zu befördern. Selbstverwaltete Einrichtungen und Jugendtreffpunkte mit sozialpädagogischer Unterstützung haben Vorrang vor großen, teuren Einrichtungen. Nicht alle Spiel- und Lebensbereiche müssen reglementiert werden. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heißt das: Flächen zur Selbstgestaltung müssen zur Verfügung gestellt werden.

Sozialpädagogische Betreuung muss, wo notwendig, qualifiziert sein und Anstöße zur Selbstinitiative geben. Der Einsatz von nicht qualifizierten ABM im sozialen Bereich ist personelle Kittung aber kein adäquater Ersatz für ausgebildetes Fachpersonal.

Die Entwicklung von Lebensplanung und -perspektiven für Jugendliche muss, gemeinsam mit Elternhaus und Clique, von Schule und Jugendhilfe durch geeignete Maßnahmen (z.B. durch Projektarbeit, Schulsozialarbeit usw.) gefördert werden. Hierbei können die Erfahrungen älterer Jugendlicher genutzt werden (Peer-Group-Prinzip). Geschlechtsspezifische Ansätze in der Jugendarbeit sind verstärkt umzusetzen.

Der Jugendhilfeplanung kommt im Rahmen der Sozialplanung eine besondere Bedeutung zu. Ihr obliegt es, Rahmenbedingungen zu formulieren und zu befördern, die die Identitätsbindung der Jugendlichen an Magdeburg steigert.

Jugendliche brauchen Berufs- und Lebensperspektiven in unserer Stadt. Die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten und Möglichkeiten zur Berufserfahrung müssen oberste Ziele der städtischen Politik sein.

Eltern muss geholfen werden, wenn sie mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind. Die Unterstützung muss frühzeitig ansetzen, damit Hilfen vorbeugend und damit langfristig auch kostengünstiger sind. Jugendliche brauchen Schutz vor Gewalt. Geschlechtsspezifische Notwendigkeiten sind hierbei besonders zu berücksichtigen.

Die Unterbringung in Heimen sollte zugunsten ambulanter Angebote weitgehend vermieden werden. Präventive Maßnahmen für die Familien sind besonders zu fördern (z.B. Familienbildung gegen Krisen).

Kinder brauchen Raum, um sich ungefährdet und angstfrei zu bewegen und ihre Stadt für sich zu erobern. Auf ihre Bedürfnisse ist deshalb bei der Gestaltung öffentlicher Räume besonders zu achten. Die Verkehrsplanung hat auf Kinder stärker als bislang Rücksicht zu nehmen. Auf einzelnen Grünflächen und Anlagen ist das Mitführen von Hunden generell zu verbieten.



## **Lebens- und Lernort Schule**

Die Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg sind, mit wenigen Ausnahmen, noch immer in einem schlechten baulichen Zustand. Städtische Gebäude, in denen ein großer Bevölkerungsanteil Magdeburgs einen großen Teil seiner Zeit verbringen muss, werden immer noch vernachlässigt. Die Gelder für die jährliche Instandsetzung können nicht einmal den fortschreitenden Verfall aufhalten. Dies führt vor allem im Sanitär-, Sicherheits- und Sportbereich zu Defiziten. Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssen hier drastische Haushaltsmittelverlagerungen aus dem Straßenbau stattfinden. Die Bildung unserer Kinder ist nicht nur die Vermittlung von Lehrstoff. Initiativen von Eltern und Schülerprojekten zur kurzfristigen Eigeninitiative sind unbürokratisch zu unterstützen und zu befördern.

## **7. Umwelt**

Ökologie steht im ganzheitlichen Zusammenhang bei der Schaffung einer lebenswerten Gesellschaft. Wir verstehen uns als Anwalt und Interessenvertreter der Umwelt und sind zu ihrem Schutze verpflichtet. Darüber hinaus ist die gesunde Umwelt mit sauberer Luft, unbelastetem Boden, reinem Wasser und gesunden Nahrungsmitteln die Basis für einen ganzheitlichen Gesundheitsansatz.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben verhindert, dass die Elbe ausgebaut und der Magdeburger Domfelsen abgefräst wird. Damit bleibt Sachsen-Anhalt und insbesondere Magdeburg ein Stück Identität erhalten.

### **7.1 Natur- und Landschaftsschutz**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für den Erhalt und die Entwicklung naturnaher Flächen als Lebensräume wildlebender Tiere und Pflanzen und als Erholungsraum für uns Menschen.

#### **Wir sind für:**

- Die Erhöhung des Flächenanteils an Naturschutzgebieten auf 6% (LRegLSA), z.B. Wiesenpark(Nordteil), Ehle-Umflut-Gelände, Elbvorland Kreuzhorst, Frohser Berg
- Die Umsetzung der Biosphärenreservatsplanung „Flußlandschaft Elbe“ im Stadtgebiet
- Die Ausweisung wertvoller Landschaftsteile als „geschützte Landschaftsbestandteile“ oder „Flächennaturdenkmale“
- Der Verzicht auf Kiesabbau in der Elbaue
- Die Strukturierung der Bördelandschaft durch Hecken, Feldraine, Baumreihen etc. auch in Verbindung mit Rad- und Fußwegen
- Die Extensivpflege der Grünanlagen (Totholz, Naturwiesen)
- Verzicht auf die dritte Elbquerung im Bereich Kreuzhorst.
- Schaffung vernetzter Grünsysteme

### **7.2 Wasser**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für den allseitigen Schutz der Gewässer ein. Insbesondere der Elbe, als letztem nahezu frei fließenden Strom Deutschlands, gilt unser Augenmerk. Dies gilt in ganz besonderem Maße für eine vorsorgende Hochwasserschutzpolitik.

Wir treten für die weitere Verbesserung der Grundwasser- und Oberflächenwasserqualität ein. Ausserdem müssen Oberflächengewässer als Lebens- und Naturräume wiederbelebt und verbessert werden. Folgende Aufgaben sind dabei zu bewältigen:

### **7.2.1 Grundwasser**

- Die Verringerung der Flächenversiegelung
- Altlastensanierung
- Die Berücksichtigung der Grundwassergefährdung in der Aue bei Nachnutzung von gewerblichen - und Industrie- oder militärischen Flächen
- Die Erhöhung der Versickerungsrate
- Die Sanierung des Kanalsystems

### **7.2.2 Oberflächengewässer**

- Anschluss aller Haushalte an die Kanalisation
- Die stadtweite Einführung des Kanaltrennsystems
- Die Öffnung verrohrter Bachabschnitte
- Die extensive Nutzung und Verbreiterung des Uferstreifens kleinerer Fließgewässer (Sülze, Schrote, Klinke usw.) sowie die Renaturierung verbauter Bachabschnitte.

### **7.2.3 Hochwasserschutz**

Gefahren durch Hochwasser muss vorsorgend begegnet werden, wir fordern deshalb:

- Stufenweisen Freizug der Überschwemmungsgebiete und Rückbau der baulichen Anlagen, insbesondere der Wochenendhäuser.
- Keine weitere Ausweisung zur Wohnnutzung in „Ostelbien“ und planerische Unterbindung des „ungeplanten“ Neubaus von Wohnraum in diesen Gebieten.
- Ausbau bzw. Schaffung eines Netzes von tragfähigen Deichzuwegungen zu deren Sicherung im Katastrophenfall.

## **7.3 Abfall**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine konsequent auf Abfallvermeidung orientierte Abfallwirtschaft ein.

### **Wir sind für:**

- Verbot jeglicher Gartenabfallverbrennung
- Die flächendeckende Einführung eines Systems der Müllentsorgung, welches eine haushaltsgrößen- und/oder mengenbezogene Abrechnung erlaubt
- Keine Verbrennung von Gartenabfällen, sondern geordnete Entsorgung soweit keine Kompostierung auf dem eigenen Grundstück stattfindet
- Die ausschließliche Verbrennung von Restabfallmengen, die nicht mehr vorbehandelt werden können/schon vorbehandelt sind
- Ganzjährige kostengünstige Entsorgungsmöglichkeit für Garten- und / oder Bioabfälle, z.B. durch eine zentrale Kompostier- oder Biogasanlage
- Attraktivierung der Recyclingsysteme (Containerplätze)
- Mehr oder besser erreichbare Wertstoff-Container, insbesondere für Altpapier, um überfüllte Haushaltsmüll-Tonnen zu vermeiden
- Müllvermeidung durch verstärkte Abfallberatung

- Umweltfreundliches Beschaffungswesen in der Verwaltung und in städtischen Unternehmen
- Schaffung einer höheren Akzeptanz der Biotonne durch mehr Aufklärung
- Ausschließliche Verwendung von Mehrwegartikeln bei kommunalen Veranstaltungen

#### **7.4 Luft, Lärm, Klima**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine weitere Verbesserung der Magdeburger Luftqualität und für den weitgehenden Erhalt des jetzigen Stadtklimas ein.

##### **Wir sind für:**

- Geschwindigkeits- und Verkehrsbeschränkungen für den motorisierten Individualverkehr (MIV), teilweise für den straßengebundenen Güterverkehr
- Das Freihalten von Ackerflächen am Stadtrand als Kaltluftentstehungsgebiete
- Der Verzicht auf die Erweiterung des Flugplatzes
- Die Verwendung von (wasserdurchlässigen) Asphaltdecken in Wohngebieten

#### **7.5 Energie**

Die Energiepolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt auf eine sichere und zuverlässige Versorgung mit Energie. Sie fußt auf 3 Säulen:

- Energieeinsparung durch weniger Verbrauch (z.B. Heizungsdrösselung in der Nacht)
- Energieeinsparung durch effizientere Anlagen
- Ausbau von erneuerbaren Energien

Wir verbinden mit dieser Strategie folgende Vorteile:

- Betriebskostensenkung
- Schutz von endlichen Ressourcen (Öl, Kohle, Gas, Uran)
- Klimaschutz- verbunden mit der Schaffung von Arbeitsplätzen
- Erneuerbare Energien machen internationale Konflikte um Ressourcen (z.B. um Öl) überflüssig

z.B. durch:

- Städtische Gesellschaften und städtische Gebäude sind mit einem Energiemanagement auszustatten, das auf maximale Energieeinspareffekte setzt. Die Medienverbräuche sind zu dokumentieren, um anhand dieses Controllings weitere Einspareffekte zu erzielen. Die entsprechenden Berichte sollten öffentlich zugänglich sein.
- Contracting-Modelle für weitere städtische Gebäude. Auch hier ist ein Controlling unerlässlich.
- Aufbau von Eigenversorgungssystemen auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung, wo möglich, z.B. Elbeschwimmhalle
- Umrüstung der städtischen Fahrzeugflotte und städtischer Gesellschaften auf energiesparende und emissionsarme Antriebe, z.B. Erdgas, Solarenergie oder Windkraft
- Weitere Ausweisung von Vorrangstandorten für Windenergieanlagen in der Flächennutzungsplanung
- Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und das Gesetz für die Kraft-Wärme-Kopplung regeln die Höhe der Einspeisevergütung für regenerative und rationelle Stromerzeuger

langfristig verlässlich. Die höhere Vergütung wird bundesweit ausgeglichen. Diese Chancen gilt es zu propagieren und sinnvolle kommunale Flächen für die Installation dieser Anlagen ohne Diskriminierung anzubieten (z.B. Dachflächen auf Schulen für Photovoltaik).

- Mittelfristige Abkoppelung der städtischen Stromversorgung vom Regionalversorger; statt dessen Eigenproduktion mit Heizkraftwerk bei höchsten Nutzungsgraden und niedrigsten Emissionswerten (z.Zt. Gas)
- Weitere Erdgas-Tankstellen
- Prüfung der Möglichkeiten des Einsatzes regenerativer Energien (insbesondere Solarenergie) in öffentlichen Gebäuden und bei öffentlichen Bauvorhaben

## **8. Kultur und Bildung**

Das kulturelle Angebot in der Stadt Magdeburg sollte sich auf die unterschiedlichen Interessen und Fähigkeiten der Bewohner ausrichten. Dabei soll es - anders als bisher - nicht mehr vorrangig um die Förderung von großen Projekten gehen. Statt dessen muss eine vielfältige, kleinteilige, kulturelle Szene unterstützt werden. Der Anteil des Kulturetats muss wachsen. Den Bürgerinnen und Bürgern sind mehr Möglichkeiten zur Beteiligung an kulturpolitischen Entscheidungen zu geben. Die kritische Diskussion über die künftige Gestalt der Theaterlandschaft in Magdeburg muss weiter geführt werden.

### **8.1 Kulturstadt Magdeburg**

**Wir sind für:**

- Die Weiterentwicklung der Magdeburger Kulturlandschaft
- Förderung freier Träger (z.B. Festung Mark, Moritzhof; Feuerwache, Theater an der Angel)
- Langfristig die Einrichtung eines Telemann-Museums im Gesellschaftshaus und eines Anti-Kriegsmuseums in den Stadtbefestigungsanlagen (Maybachstraße)
- Veranstaltungen und Ausstellungen von überregionaler Bedeutung, nach dem Beispiel der erfolgreichen Ausstellungen im „Ottionen-Jahr“ und im „Otto-von-Guericke-Jahr“
- Verbesserung der Existenzbedingungen und der Atmosphäre für freischaffende Künstler (Wettbewerbe, Kunst im öffentlichen Raum, Kunstmärkte)
- Unterstützung eines Programmkinos und dauerhafte Förderung des Kino-Sommers
- Ausbau des kulturellen Austausches im Rahmen der Städtepartnerschaften und Schaffung von Orten zur Begegnung unterschiedlicher Kulturen und Völker

### **8.2 Stadtteilkultur**

- Förderung von quartierbezogenen Sozial- und Kulturtreffs (z.B. Stadtteilbibliotheken zu „Bürgerhäusern“)
- Initiierung und Förderung von Stadtteil- und Straßenfesten, Hofspektakeln u. ä. (Förderung von Straßenmusik, Kleinkunst(tagen), Kunst- und Trödelmärkten)
- Einschränkung der Sperrzeit und erleichterte Erteilung von Sondernutzungsgenehmigungen
- Förderung von vielfältigen Freizeiteinrichtungen (z. B. Öffnung von Turnhallen und Schulräumen für Kultur- und Freizeitveranstaltungen)

### **8.3 Baukultur**

- Erhalt historischer Bauten und Siedlungen (u.a. durch Erlass von Gestaltungssatzungen)
- Nutzung historischer Bausubstanz für kulturelle Einrichtungen (z. B. Gesellschaftshaus, Kristallpalast, Salbker Wasserturm)
- Keine „Center-City“, in der die Einkaufs- und Flaniermeilen in künstliche Räume wie das „Allee-Center“ verlegt werden
- Keinen weiteren Ausbau des Allee-Centers
- Kein Parkhaus in der Nähe der Elbe-Promenade
- Förderung kleinteiliger Bebauung im Interesse eines lebendigen Bürgerlebens
- Förderung von Kunst im öffentlichen Raum (1-2% der Bausumme bei öffentlichen und kulturellen Bauvorhaben)
- Beachtung des Grundsatzes öffentlicher Wettbewerbe für wichtige Bauvorhaben und Respektierung der Ergebnisse
- die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung müssen über das gesetzlich vorgeschriebene hinaus erweitert werden und den Ergebnissen muss mehr Beachtung geschenkt werden
- frühzeitige Ankündigung öffentlicher Veranstaltungen, um Vorhaben kritisch zu diskutieren

### **8.4 Jugendkultur**

- Unterstützung einer Vielzahl kleiner Jugendfreizeiteinrichtungen (selbstverwaltete und selbstgestaltete Projekte, wie z. B. Kulturhaus Olvenstedt)
- Nutzung ehem. Stadtbefestigungsanlagen und leerstehender Industriegebäude für kulturelle Jugendarbeit
- Förderung von alternativen Wohnprojekten
- Unterstützung von freien Theatergruppen und Musikgruppen

### **8.5 Bildung**

Unser Ziel für Magdeburg ist ein breites Bildungsangebot auf höchstem Niveau. In der engen Zusammenarbeit von Lehre, Forschung und produzierendem Gewerbe liegt unsere größte Zukunftschance. Der Stellenwert von Hochschulen steigt in der Wissensgesellschaft. Sie sind der Ort, an dem kreativ und interdisziplinär geforscht und gelehrt und ohne einseitige Verwertungsorientierung nachgedacht wird.

Die unverantwortliche Hochschulpolitik der Landesregierung führt die Hochschulbildung in Magdeburg in eine tiefe Krise und sorgt für Verunsicherung und Zukunftsangst. Die politische Einflussnahme auf die Verlegung und den Zuschnitt verschiedener Lehrangebote lehnen wir entschieden ab. Qualität durch Autonomie und Experimentierfreude sind für uns die Wesenszüge der Universität.

#### **Wir sind für:**

- Bekenntnis der Landeshauptstadt zum vollständigen Erhalt der Universität und der Fachhochschule mit allen anhängigen Instituten
- Stärkung der Ausstrahlung der Hochschulen in die Stadt, z. B. durch gruppenspezifische Angebote der Universität und der Fachhochschule für die Bürgerinnen und Bürger (Ringvorlesungen, Sprachkurse, ...)

- Stärkere Verwendung des Begriffs „Universitätsstadt Magdeburg“, z.B. auf Schildern an den Ortseingängen und am Bahnhof
- Förderung museumspädagogischer Angebote
- Verknüpfung des kulturellen Lebens von Studenten und Bürgern; z. B. Studenten- und Kulturzentrum in der „Kaserne Mark“
- Förderung eines breiten künstlerischen Bildungsangebotes
- Förderung des Offenen Kanals

## **9. Stadtentwicklung und Verkehr**

Magdeburg ist eine Stadt mit Geschichte und mit Zukunft. Für die Gestaltung dieser Zukunft wollen wir uns einsetzen und die Potentiale und Besonderheiten dieser Stadt stärken. Die Stadtentwicklung ist darauf auszurichten, dass sich alle Magdeburger und Magdeburgerinnen in ihrer Stadt wohlfühlen. Auf die Bedürfnisse von Kindern, Senioren und Seniorinnen sowie Menschen mit Behinderungen ist in besonderer Weise Rücksicht zu nehmen.

Übergeordnete Ziele sind für uns dabei die Ausrichtung kommunalen Handelns in den Bereichen Stadt- und Verkehrsentwicklung auf Nachhaltigkeit und die Erweiterung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten an Planungsprozessen.

Weiterhin gilt es im Rahmen der Stadt- und Verkehrsentwicklung über die Stadtgrenzen hinaus zu denken und eine Kooperation mit den Umlandgemeinden und Kreisen zu erreichen. Eine verstärkte Verknüpfung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit soll für eine Stadt der kurzen Wege sorgen und zur Attraktivitätssteigerung Magdeburgs beitragen.

### **9.1 Stadtentwicklung**

#### **9.1.1 Unbesiedelte Bereiche**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Sicherung von Naherholungsgebieten im Magdeburger Stadtgebiet und Umland ein. Dabei wollen wir vor allem vorhandene Grünverbindungen der Stadtteile mit dem Umland (z.B. Rad- und Fußwege entlang von Bachläufen) sichern und weitere Grünstreifen als Vernetzung schaffen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für den Erhalt aller landwirtschaftlichen Flächen und der Kleingartenanlagen im Stadtgebiet Magdeburgs ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Zersiedlung der Landschaft eindämmen, indem vor der Erschließung neuer Bauflächen brachliegende Flächen im Stadtgebiet Magdeburgs (z.B. Industriebrachen) genutzt werden.

#### **9.1.2 Stadtteile**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Stärkung der Stadtquartiere („Kieze“), insbesondere der Stadt- und Ortsteilzentren und Großsiedlungen erreichen. Ein vielfältiges Angebot an Dienstleistungen, Handels- und sozialen Einrichtungen soll unnötige Wege ersparen, Kommunikationsorte schaffen und die Identifikation der Stadtteilbewohner mit ihrem Quartier stärken. Eine stärkere Verknüpfung von Wohnen, Arbeit und Freizeit ist uns dabei besonders wichtig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bewohnerfreundliche Gestaltung des Wohnumfeldes ein, es soll zum Aufenthalt einladen und den Anforderungen der unterschiedlichen Altersgruppen gerecht werden.

**Wir sind für:**

- Begrünung von Containerplätzen
- Konsequente Verfolgung und Ahndung bei Verunreinigung von Gehwegen und Spielplätzen mit Hundekot und deren konsequente Umsetzung
- Schaffung und Unterstützung von Stadtteilmanagement und Bürgerbeteiligung
- Stärkung der Stadtteilzentren mit ihrem Mix aus kleinteiligem Handel, Gastronomie, Kultur, Dienstleistung und Wohnen
- Begrünung von Innenhöfen
- Straßenbegleitendes Grün
- Fassaden- und Dachbegrünung
- Begrünung von Baulücken, insbesondere in Altbaugebieten
- Erhalt von vorhandenen und Schaffung von neuen Spiel- und Freizeitanlagen für alle Altersgruppen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Straßen in Wohngebieten nicht nur dem Verkehr dienen, sondern auch als Lebensraum und Begegnungsort zur Verfügung stehen.

**Wir sind für:**

- Tempo 30 – Zonen in den Wohngebieten
- Ausweisung von Spiel- und Fahrradstraßen
- Erhalt der gewachsenen dörflichen Strukturen in dörflich geprägten Ortsteilen

**9.1.3 Stadtzentrum**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Attraktivität der Magdeburger Innenstadt steigern. Hierbei gilt es für uns, Magdeburg stärker als Hauptstadt und touristischen Anziehungspunkt zu entwickeln. Wir wenden uns gegen weitere Einkaufs-Center in der Innenstadt oder deren Ausbau.

**Wir sind für:**

- eine Verdichtung der Innenstadt mit kleinteiligen Strukturen für mehr Urbanität
- eine Gestaltung der öffentlichen Plätze, die zum Aufenthalt einlädt
- grüne Erholungsbereiche in der Innenstadt und straßenbegleitendes Grün
- keine nächtliche Schließung der vorhandenen Einkaufspassagen – sie müssen auch nachts als Kommunikationsort und Durchgang nutzbar sein

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Elbe als Stadtmittelpunkt erlebbar machen. Dazu gehört für uns eine Steigerung des Erlebnis- und Erholungswertes des westlichen Elbufers durch Gastronomie, Kultur- und Freizeitnutzungen, aber auch Wohnen z.B. im Bereich des Elbebahnhofs.

**9.1.4 Stadtumbau**

Den Stadtumbau in Magdeburg mit seiner Reduzierung des Wohnungsbestandes durch Abbruch nicht mehr benötigten Wohnraumes wollen wir als Chance für den Strukturwandel nutzen. Dabei muss die Stadt nach sozialen, ökonomischen und ökologischen Kriterien umgestaltet werden. Damit soll auch dem Bevölkerungsrückgang und seinen negativen Auswirkungen entgegengewirkt werden.

- Stadtumbau im Dialog von PlanerInnen, EigentümerInnen und BewohnerInnen
- Vorrang für eine Innenstadtentwicklung der Stadt. D.h. Schluss mit dem Bauen auf der „grünen Wiese“ und stattdessen Nutzung von Brachen und frei werdenden Flächen
- Sicherung einer effektiven Betreuung der Infrastruktur (Ver- und Entsorgung, Verkehrserschließung, soziale Infrastruktur)
- Stärkere Berücksichtigung ökologischer Belange des Bauens, so z.B. Modellvorhaben bei Sanierungen

## **9.2 Verkehr**

### **9.2.1 ÖPNV - Öffentlicher Personennahverkehr**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die benutzerfreundliche Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs ein. Unser Ziel dabei ist es, den ÖPNV als Alternative zum motorisierten Individualverkehr auszubauen – gemäß dem Motto “mobil ohne Auto”.

#### **Wir sind für:**

- die Förderung günstiger Tarife
- Schaffung eines Verkehrsverbundes Magdeburg/Umland mit einheitlichem Tarifsystem zur kostengünstigeren Nutzung von Bus, Straßenbahn und Nahverkehrszügen der Bahn
- Taktverdichtung – bis 20.00 Uhr Beibehaltung des 10-Minuten-Takts Werktags und bis 16.00 Uhr am Samstag
- Ausbau der ÖPNV-Anbindung öffentlicher Einrichtungen, Einkaufsstätten und sozialer Einrichtungen
- Ausbau der Haltestellen, Busse und Bahnen für eine bessere Nutzbarkeit behinderter und älterer Menschen
- komplette Umstellung auf Niederflurwagen
- Verknüpfung der unterschiedlichen Verkehrsträger wie Bus, Straßenbahn und Deutscher Bahn in Magdeburg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die zukünftige Stadtentwicklung Magdeburgs an den ÖPNV-Achsen orientieren. In diesem Sinne wollen wir die Entwicklung von kundenorientierten und verkehrsintensiven Einrichtungen in den Stadtrandbereichen ohne ausreichenden ÖPNV-Anschluss verhindern.

### **9.2.2 Fahrradverkehr und Fußgängerverkehr**

Während für den motorisierten Verkehr an nichts gespart wird (z.B. für die Untertunnelung des Universitätsplatz), wird der Fahrradverkehr in Magdeburg nachlässig behandelt. Dabei ist das Fahrrad für viele Magdeburgerinnen und Magdeburger, insbesondere für Kinder und Jugendliche, das Hauptverkehrsmittel. Diese haben einen Anspruch auf Sicherheit und Mobilität und auf eine gleichberechtigte Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse. Das Fahrrad ist zudem preiswert, verursacht weder Lärm noch Abgase und benötigt nur einen Bruchteil der Parkfläche eines Autos.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb eine Verkehrspolitik durchsetzen, die das Fahrrad als alltägliches, dem Auto gleichgestelltes Verkehrsmittel begreift und eine Förderung des Radverkehrs auch zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs beinhaltet.



**Wir sind für:**

- Einrichtung von Fahrradstraßen: Vorrang für Radfahrer, jedoch frei für Anlieger
- Vorrang von Fahrradstreifen auf der Fahrbahn vor Hochbordradwegen
- Umfassende Förderungen des Fahrradtourismus in Magdeburg und im Umland als touristischen Wirtschaftsfaktor
- Erlass einer Satzung über die Pflicht zur Schaffung von Fahrradabstellplätzen
- Einhaltung der Empfehlungen zur Planung von Radwegen und nutzerfreundliche Bauausführung
- Fahrradstationen an wichtigen öffentlichen Punkten, vor allem am Hauptbahnhof zum Ausleihen und Aufbewahren von Fahrrädern und Dienstleistungen rund um das Fahrrad
- Kampagnen der Stadt zur Unterstützung des Radverkehrs - insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Gesundheitsvorsorge
- Die personelle Ertüchtigung der städtischen Bauverwaltung: Über Fahrradwege und -verbindungen sollen Leute befinden, die etwas vom Fahrrad fahren verstehen. (Abschaffung der Windschutzscheibenperspektive!) Gleiches gilt analog für den Fußgängerverkehr.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für dafür ein, dass die Bedürfnisse von FußgängerInnen, insbesondere von behinderten und älteren Menschen, sowie von Kindern und jugendlichen aller Altersgruppen in der Verkehrsplanung Magdeburgs gleichberechtigt berücksichtigt werden. So müssen an vielbefahrenen Straßen mehr Querungshilfen für die Sicherheit der FußgängerInnen sorgen. Zusätzliche FußgängerInnen- Überwege müssen geschaffen werden. Dafür soll, wo es möglich ist, auf Ampelanlagen verzichtet werden.

**9.2.3 Autoverkehr**

Der Autofahrer ist der mit Abstand „stärkste“ Verkehrsteilnehmer. Um die Sicherheit und Mobilität aller MagdeburgerInnen zu gewährleisten, sind KraftfahrerInnen besondere Rücksichtnahme auf die Schwächeren zuzumuten. Das betrifft beispielsweise:

- Die Ausweisung und Durchsetzung von Geschwindigkeitsbeschränkungen die konsequente Verfolgung und Ahndung unberechtigten Parkens auf Behindertenparkplätzen, Radwegen und Fußwegen
- Eine fußgänger- und radfahrerfreundliche Gestaltung von Ampelphasen
- Für das Stadtzentrum und die Stadtteilzentren ist ein flächendeckendes Parkraumbewirtschaftungskonzept erforderlich
- Bei der Planung von Verkehrsmaßnahmen ist dem Lärmschutz weit mehr Rechnung zu tragen, als das bisher geschehen ist. Dies schließt die Fahrbahnlänge ebenso ein, wie Geschwindigkeitsbegrenzungen und baulichen Lärmschutz

Insgesamt ist der Aufwand für den Straßenbau auf das notwendige Maß zu beschränken. Dem um jeden Preis betriebenen Ausbau von Ausfall- und Durchgangsstraßen ist Einhalt zu gebieten.

**9.2.4 Güterverkehr**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Weiterentwicklung des City-Logistik-Konzepts ein.